

Die ersten 30 Jahre

von Heinrich Eppe

aus: AJ - die andere Jugendzeitung 1993, Heft 5 (leicht redaktionell überarbeitet)

Die ersten drei Jahrzehnte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland waren, verharmlosend ausgedrückt, recht abwechslungsreich. Sie reichten von der Endphase des Wilhelminischen Kaiserreiches über den Ersten Weltkrieg bis zum Ende des ersten demokratisch verfassten Staates, der sogenannten Weimarer Republik im Jahre 1933. Die staatliche Gesetzgebung setzte den rechtlichen Rahmen für die legale Existenz von Vereinigungen. Von ihr hing es ab, ob und wie sich die Vereine der Arbeiterjugend entfalten konnten.

Im Wilhelminischen Militärstaat und Ersten Weltkrieg

Im Kaiserreich bis 1918 beobachteten die Regierungen, Behörden und Gerichte mit Missbehagen und zuweilen ängstlich, wie sich die Arbeiterjugendbewegung 1904 bildete und in nur zehn Jahren über 100 000 Anhänger (= Abonnenten der Zeitschrift "Arbeiter-Jugend") gewann. Die herrschenden gesellschaftlichen Gruppen, die Großgrundbesitzer, die industriellen Schlotbarone, die Militärkaste, die kleinbürgerlichen Handwerker sowie ihre Propaganda-Hilfstruppen unter den Lehrern und Kirchenleuten glaubten in den entstehenden Arbeiterjugendorganisationen die Anzeichen einer doppelten Gefahr zu erkennen: eine außenpolitische und eine innenpolitische.

Die antimilitaristische Aufklärung unter der Jugend schien die Sicherheit nach außen zu gefährden. Der Keim des Ungehorsams, der in den aufmüpfigen sozialdemokratischen Handwerkslehrlingen wuchs, könnte die Einsatzbereitschaft des Heeres und der kaiserlichen Kriegsmarine schwächen und so den imperialen Weltmachtgeiz der Politiker, Militärs und Industriellen stören. Und im Innern sahen sie die bestehende (und deshalb vermeintlich "natürliche") gesellschaftliche Ordnung gefährdet, wenn die Sozialdemokratie eine junge revolutionäre Brut nährt, die das Unterste zu oberst kehren möchte.

Schon hatten die Arbeiterjugendvereine in Berlin 'ehrbare' Handwerker in öffentlichen Versammlungen an den "Pranger der Lehrlingsschinder" gestellt, sie öffentlich beschimpft und der Unmenschlichkeit beschuldigt. Sie forderten u.a. eine bessere berufliche Bildung, die Einführung von Jugendarbeitsschutzbestimmungen, die Abschaffung der "körperlichen Züchtigung" in der Lehre. Diese "Rekrutenschule der Sozialdemokratie" müsse geschlossen werden, meinten auch die Gerichte. Hunderte von örtlichen Jugendvereinen versahen sie "im Namen des Volkes" mit dem Etikett "politisch" und verboten sie.

Im Rückblick von heute lesen sich die Auseinandersetzungen zwischen Jugendvereinen und Behörden wie Schwänke aus dem Umfeld des Hauptmannes von Köpenick, der in diesen Jahren das preußische Militär nasführte. Aber so ernst und ausweglos wie die Köpenickiade mussten auch die Arbeiterjugendlichen ihre Situation empfinden. Denn es war nicht abzusehen, wie lange dieser Zustand der Repression noch anhalten sollte.

Das Ende kam schneller und brutaler als gedacht. Die Regierungen der europäischen Staaten gingen bereitwillig das Risiko eines großen Krieges ein, um ihre Rivalität um die ökonomische, politische und militärische Vormachtstellung in Europa von ihren Bürgern blutig ausfechten zu lassen. Millionen von jungern Männern blieben zerfetzt und vergast auf den "Schlacht"feldern des 1. Weltkrieges liegen.

Die Arbeiter-Jugendausschüsse waren durch ihre enge Bindung an die SPD in den Burgfrieden mit Regierung und Militär eingebunden. Zwar weigerten sich fast alle Jugendausschüsse auch noch nach Kriegsbeginn strikt, an der freiwilligen Jugendwehr, die vormilitärischen Ausbildung, teilzunehmen. Aber eine systematische Kampagne gegen die Unterstützung des Krieges gab es in den ersten Jahren nicht. Lediglich in Jugendgruppen, die sich am Verweigerungsverhalten Karl Liebknechts im Reichstag und an den Aktivitäten der Internationale der Sozialistischen Jugend orientierten, regte sich aktiver Oppositionsgeist. Für die 'Internationale Verbindung der Sozialistischen Jugend' gab Willi Münzenberg, Sekretär der Sozialistischen Jugend der Schweiz (davor Jungarbeiter in einer Erfurter Schuhfabrik) die Zeitschrift "Jugend-Internationale" heraus, die wie zu Zeiten des Sozialistengesetzes (1878-1890) auf geheimen Wegen von der Schweiz nach Deutschland gelangte und unter den Hand verteilt wurde.

An der Haltung zum Krieg zerbrach die Einheit der Sozialdemokratie und auch der Arbeiterjugendbewegung. In gleicher Weise wie sich die Parteien spalteten und neu bildeten so vollzogen auch die Jugendverbände ihre organisatorischen und politischen Wandlungsprozesse. 1919 gab es wie bei den Parteien drei Hauptströmungen:

den mehrheitssozialdemokratischen 'Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands', aus der 1922 die Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ) wurde,

die 'Sozialistische Proletarierjugend SPJ', die sich an die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) anlehnte und

die 'Kommunistische Jugend Deutschlands', die sich der KPD unterordnete.

In der Weimarer Republik

Der Rat der Volksbeauftragten, der aus der Novemberrevolution von 1918 hervorgegangen war, beseitigte mit einem Federstrich vom 11. November alle repressiven Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes. Auch die Jugendlichen hatten nun das Recht, eigene, auch politische Vereine nach ihrem Gusto zu bilden. So stand es zunächst auf dem Papier. Doch es gab auch in der Weimarer Republik, vor allem in Bayern, Bestrebungen, das Koalitionsrecht der Jugendlichen zu beschneiden.

Den Politikern der SPD gelang es, die Jugendlichen in ihrem Einflussbereich davon zu überzeugen, dass Tagespolitik Angelegenheit der Partei sei, die Gewerkschaften für die sozialen Fragen zuständig seien, und sich die Jugendorganisation vornehmlich um die politische Bildung (zur späteren Anwendung) und um die kulturelle Belange der Jugend kümmern sollte. Und sie lagen mit ihrer Einschätzung der Mentalität Jugendlicher in der Aufbruchphase nach den Kriegs- und Hungerjahren ziemlich richtig. 1920 erreichte die Zahl der Mitglieder noch einmal die Hunderttausend-Marke. (In den späteren Jahren bis 1933 waren es dann zwischen 50- und 60 000 Mitglieder). Die Konzentration auf das Kulturelle - bekannt in der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung als die Phase des "Geistes von Weimar" - ging selbst der SPD zu weit und sie musste die Jungen mahnen, das Politische nicht aus den Augen zu verlieren. Singen, tanzen wandern - ja. Aber eben nicht auf Kosten der Vorbereitung für ihre zukünftigen politischen Aufgaben. Denn schließlich sollten aus der Jugendorganisation die politischen Persönlichkeiten für die sozialistische Bewegung erwachsen; kritische aber in den Grundsätzen loyale Kämpfer für den demokratischen Sozialismus, den man in absehbarer Zeit zu erringen gedachte. Schon damals widerlegte die Geschichte die Wunsch- bzw. Panik-Vorstellung, dass Arbeiterjugendliche von sich aus, zwangsläufig zur politischen Aktion drängen und sie nur von den ängstlich-biedereren Altvorderen daran gehindert würden.

Wenige Jahre später war es schon wieder umgekehrt. Als sich die SPD 1928 auf die Panzerkreuzer-Rüstung einließ, protestierten große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterjugend dagegen. Jetzt war es wieder die SPD, die ihre Jugend von dem fernhalten wollte, was sie als tagespolitische Fragen bestimmte. Aber die Zeiten waren nicht danach. Politik fand am Ende der Weimarer Republik mehr und mehr auf der Straßen statt. Die sozialdemokratisch orientierte Jugend, die SAJ, das Jungbanner (Jugendorganisation des Reichsbanners), die Gewerkschaftsjugend sahen sich gleichzeitig zwei Gegnern gegenüber: den Nationalsozialisten und den Kommunisten, die martialisch auftraten und deren Stiefeltritte durch die Straßen hallten. Die sozialdemokratischen, bildungs- und kulturorientierten Jugendgruppen hatten den - auch zur

Gewalt entschlossenen - Gruppierungen nur wenig entgegenzusetzen. Ihr Selbstverständnis war anders: "Denkende Jugendliche brauchen wir - nicht raufende" mahnte der SAJ-Vorsitzende Erich Ollenhauer, als Anfang der dreißiger Jahre noch nicht entschieden war, dass die Nazis den Kampf um die Macht gewinnen würden. Diese versprachen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, den "Schmach-Frieden" von Versailles hinwegzufegen und verkündeten, dass sie die "jüdisch-bolschewistische Gefahr" und das "internationale jüdische Finanzkapital" auslöschen würden. Es gelang den Nazis, die Konservativen und Deutsch-Nationalen so weit zu bringen, dass sie ihnen am 30. Januar 1933 die politische Macht in Deutschland freiwillig und legal übergaben.

Für die kommunistische Bewegung, die sozialdemokratische und kurz darauf auch die liberalen Strömungen war dies das Ende ihrer legalen Existenz. Die Arbeiterjugendbewegung, die Kinderfreunde, die SPD, Arbeiterwohlfahrt und, und, und... wurden verboten. Es war der Linken nicht gelungen, die Nazis und ihre nützlichen Idioten zu stoppen als die Organisationen noch bestanden. War es nach 1933 aus der Illegalität heraus noch möglich, den Kampf mit einer gewissen Hoffnung auf Erfolg aufzunehmen?

Diesen Text stellt das Archiv der Arbeiterjugendbewegung mit Einverständnis des Autors kostenfrei zur nicht-kommerziellen Verwendung zur Verfügung, unter der leicht erfüllbaren Bedingung, dass die Quelle angegeben wird und ein Belegexemplar an das

Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77
D-45739 Oer-Erkenschwick

gesendet wird.

Wer uns etwas Hilfreiches antun will, kann uns eine Spende für die Arbeit des Archivs der Arbeiterjugendbewegung überweisen.